

- ▶ Anhebung des Spitzensteuersatzes nach den verschiedenen Vorschlägen der Bundestags-Oppositionsparteien: Betroffen sind höhere Bruttoeinkommen von jährlich mehr als 66.500 Euro bei Alleinstehenden (Vorschlag der Grünen) beziehungsweise 74.500 Euro (SPD) oder 77.600 Euro (die Linke).
- ▶ Wiedererhebung einer Vermögensteuer nach einem am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) entwickelten Konzept: Belastet werden Vermögen von mehr als zwei Millionen Euro (vier Millionen bei gemeinsam veranlagten Ehepartnern). Der Steuersatz liegt bei einem Prozent.
- ▶ Erhöhung der Erbschaftsteuer mit dem Ziel, den bislang relativ geringen Ertrag dieser Steuerart (4,3 Milliarden Euro 2012) zu verdoppeln.

Am Beispiel von Rheinland-Pfalz zeigen Rietzlers Berechnungen, dass vor allem eine Vermögensteuer die Einnahmesituation in den Ländern deutlich verbessern würde: Das Land könnte mit jährlichen Mehreinnahmen von 511 Millionen Euro rechnen, die Gemeinden mit 66 Millionen Euro.

Die Anhebung des Spitzensteuersatzes nach den Vorschlägen von Grünen oder SPD würde Land und Kommunen zusammen weitere 112 bis 119 Millionen Euro einbringen. Dagegen würde der Vorschlag der Linken zu Einnahmeausfällen führen, weil zugleich der Grundfreibetrag erheblich angehoben würde.

Eine Verdoppelung der Einnahmen aus der Erbschaftsteuer brächte Land und Kommunen Mehreinnahmen von 197 Millionen Euro.

„Unter dem Strich könnten das Land Rheinland-Pfalz und seine Kommunen durch eine Kombination der Steuererhöhungen Mehreinnahmen von 893 Millionen Euro erzielen. Damit ließe sich das strukturelle Defizit im Landeshaushalt weitgehend schließen“, erklärt Expertin Rietzler. Trotz der Erhöhungen bliebe die Steuerbelastung für die Bürger aber noch deutlich unter dem Tarif, der 1998 galt. ◀

* Quelle: Katja Rietzler: Öffentliche Einnahmen des Landes Rheinland-Pfalz – Entwicklung, Struktur und Optionen für eine Aufkommenserhöhung, Kurzstudie im Auftrag des DGB Rheinland-Pfalz, IMK Policy Brief, August 2013
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

INVESTITIONEN

Bröckelnde Substanz

In Deutschland wird zu wenig investiert, so das DIW. Darunter leiden Infrastruktur und Wirtschaftswachstum.

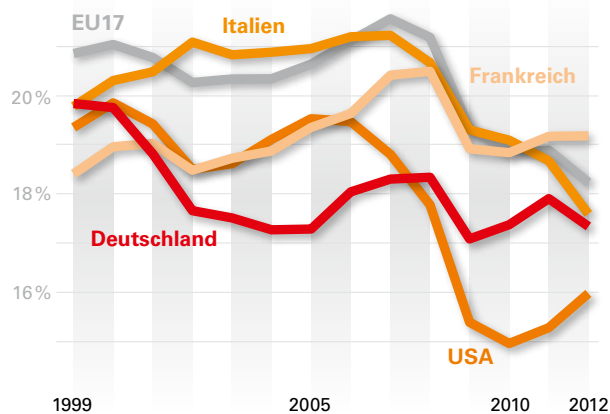
Medienberichte über löchrige Straßen, marode Schulen oder Lücken in den Kommunikationsnetzen illustrieren es: Die deutsche Investitionsquote ist eine der niedrigsten weltweit. Jedes Jahr werden rund 75 Milliarden Euro weniger investiert, als eigentlich nötig wären, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) errechnet.* Dabei orientieren sich die Forscher an den durchschnittlichen Investitionsquoten in den anderen Euroländern. Seit Ende der 1990-er Jahre kommen sie in der Summe auf einen Rückstand von rund einer Billion Euro.

Für ihre Untersuchung haben die Ökonomen zahlreiche Statistiken ausgewertet. Sie dokumentieren, dass Deutschland bei den Ausgaben für die Zukunft hinterherhinkt. So sank die Investitionsquote, also das Verhältnis aller Bruttoinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), seit 1999 von knapp 20 auf rund 17 Prozent. Besonders investitionschwach ist der Staat. Seine Investitionsquote lag seit dem Jahr 2000 konstant unter 2 Prozent des BIP. Im Jahr 2011 betrug sie 1,6 Prozent. Im Euroraum investierte die öffentliche Hand im Durchschnitt dagegen 2,3 Prozent. Ebenso viel gab der amerikanische Staat aus, in Japan oder Australien waren es deutlich mehr als 3 Prozent. Die Zurückhaltung geht an die Substanz: Nach Abzug aller Verbindlichkeiten betrug das staatliche Nettovermögen, zu dem unter anderem die öffentliche Infrastruktur zählt, 1999 etwa 20 Prozent des BIP. 2011 waren es nur noch 0,5 Prozent.

Doch auch private Investoren halten sich laut DIW bei Investitionen im Inland zurück. So sind die Ausgaben der Unternehmen für immaterielle Werte – unter anderem Investitionen in Forschung und Entwicklung, Marketing oder Weiterbildung – mit knapp 6 Prozent des BIP niedriger als

Deutschland investiert zu wenig

Anlageinvestitionen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: DIW Berlin 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

etwa in Frankreich oder den USA, wo die Unternehmen rund 9 Prozent dafür aufwenden. Gleichzeitig legen die Deutschen besonders viel Geld zurück: Die Sparquote betrug 2012 rund 24 Prozent. „Statt in den Aufbau des inländischen Kapitalstocks wurde ein hoher Anteil der deutschen Ersparnisse jedoch im Ausland angelegt“, so das DIW. Häufig keine gute Strategie: „Rund 400 Milliarden Euro haben deutsche Investoren seit 1999 auf ihr Auslandsvermögen verloren, was etwa 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht.“

Die Berliner Wirtschaftsforscher halten es für unverzichtbar, die öffentlichen und privaten Investitionen um 75 Milliarden Euro pro Jahr aufzustocken. Dadurch wäre es möglich, das mittelfristige Wachstumspotenzial von 1 auf 1,6 Prozent im Jahr zu erhöhen. ◀

* Quelle: DIW Berlin: Investitionen für mehr Wachstum – eine Zukunftsaussage für Deutschland, DIW Wochenbericht 26/2013
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)